

1 **L1:** Leitantrag zum Landesparteitag 09.12 – 10.12.2023

2 Antragsteller: Landesvorstand

3

4 **Wir haben unsere Seite gewählt**

5 **1. Wo stehen wir ...**

6 **... im Bund**

7 Zur Halbzeit präsentiert sich die Ampelkoalition in der Bundesregierung als Koalition der
8 gebrochenen Versprechen. Ob Kindergrundsicherung, Klimageld, Arbeitsmarktpolitik, bezahlbare
9 Mieten oder Verkehrswende – alle sozialen Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag sind inzwischen
10 dem Rotstift zum Opfer gefallen. Die Ampelparteien haben sich vollständig dem Diktat der
11 „Schuldenbremse“ unterworfen. Auch wenn genug Geld vorhanden wäre, um die Energie- und
12 Wärmewende sozial auszugestalten, in die Infrastruktur zu investieren, damit gut bezahlte
13 Arbeitsplätze zu schaffen und die Menschen angesichts steigender Energie- und
14 Lebenshaltungskosten zu entlasten, ist der Haushalt 2024 ein Dokument der sozialen Kälte und der
15 verweigerter Verantwortung:

16 Allein der Gesundheitsetat schrumpft um mehr als ein Drittel und damit auf den Stand vor der
17 Corona-Pandemie, trotz der katastrophalen Situation im Gesundheitswesen und dem massiven
18 Investitionsstau. Das goldene Kalb der Schuldenbremse verhindert notwendige Investitionen in
19 unsere soziale Infrastruktur, in den klimagerechten Umbau der Wirtschaft und die öffentliche
20 Daseinsvorsorge, während gleichzeitig die Rüstungsausgaben 2024 auf 85 Mrd. Euro, perspektivisch
21 sogar auf 100 Milliarden jährlich ansteigen sollen.

22 Fast zwei Drittel der Bevölkerung sind nach einer Umfrage des Politbarometers vom September 2023
23 der Ansicht, in Deutschland gehe es sozial ungerecht zu. Trotzdem wirkt sich das aktuell nicht positiv
24 auf die Wahlergebnisse der LINKEN aus. Stattdessen geht die Wut vieler Menschen nach rechts, zur
25 AfD, die bei den bundesweiten Umfragen inzwischen zweitstärkste Partei geworden ist. Viele
26 Menschen, die aus ihrer ökonomischen Situation heraus gute Gründe hätten, DIE LINKE zu
27 unterstützen, fühlen sich von uns nicht hinreichend vertreten, das muss uns alarmieren. Es darf aber
28 nicht zu der Schlussfolgerung führen, uns dem politischen Überbietungswettbewerb zur Anbiederung
29 an die politische Rechte anzuschließen. Eine linke, sozialistische Partei muss vor allem in schwierigen
30 Zeiten Haltung als entschiedene Kraft für Menschenrechte und internationale Solidarität bewahren.
31 Sie muss die Rechte aller Menschen auf ein gutes Leben in Frieden und sozialer Sicherheit verteidigen
32 und allen Ideologien der Ungleichheit wie Antisemitismus, Rassismus, Queerfeindlichkeit und
33 Sozialdarwinismus entgegentreten.

34 Den Rechtsruck in unserem Land und in vielen anderen europäischen Ländern werden wir jedoch
35 allein mit der richtigen Haltung nicht aufhalten können. Dafür braucht es eine grundlegende
36 Veränderung der Politik: Die stetige Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach
37 oben muss umgekehrt werden. Es ist nicht zu wenig Geld dafür gute Schulen, moderne
38 Krankenhäuser, bezahlbaren Wohnraum und funktionierende Verkehrssysteme – es ist nur in den
39 falschen Händen. Es ist unsere Aufgabe, das Ohnmachtsgefühl, das Menschen gegenüber der
40 unsichtbaren Hand der Märkte empfinden, in Solidarität, politisches Handeln und Lust auf
41 Veränderung zu verwandeln. Das müssen wir machen - in den Stadtvierteln, den Kommunen, in NRW
42 und im Bund. Dafür erneuern wir unsere Partei als DIE antikapitalistische und antimilitaristische
43 Kraft, die offen ist für Neues und neue Mitstreiter:innen, die Kampflust und Mut ausstrahlt, auch in
44 schwierigen Zeiten für unsere Leute das Beste herauszuholen.

45 **... und in NRW?**

46 Die Zustimmungswerte zur schwarz-grünen Landesregierung gehen zunehmend zurück. Doch bisher
47 kann DIE LINKE auch von diesem Trend nicht profitieren.

48 Im Juni 2023 waren rund 55 Prozent der in Nordrhein-Westfalen lebenden Menschen mit der Arbeit
49 der Landesregierung unzufrieden, also mehr als die Hälfte der Bevölkerung. Diese Unzufriedenheit
50 resultiert insbesondere aus politischen Versäumnissen in der Schul- und Bildungspolitik, dem
51 massiven Investitionsstau bei Straßen,- Brücken und Schienensanierungen, aber auch mangelnden
52 Maßnahmen in der Umwelt- und Klimapolitik.

53 Die Kommunen sind seit Jahren eingezwängt in absoluter Unterfinanzierung und der Vormundschaft
54 von Landes-, Bundes- und auch Europapolitik. Der politische Gestaltungsspielraum wird immer
55 kleiner und die finanziellen Herausforderungen immer größer. Während die Steuereinnahmen
56 stagnieren und Bund und Land Zuweisungen kürzen, explodieren die Kosten für Sachaufwendungen
57 und Personal sowie die Versorgung von Geflüchteten. Zusätzlich konfrontieren Bund und Land die
58 Städte und Gemeinden mit neuen Aufgaben wie etwa dem Rechtsanspruch auf Ganzttag, ohne die
59 nötigen Mittel bereitzustellen.

60 Die chronische Unterfinanzierung und die Vielzahl an Krisen nehmen den Kommunen die Luft zum
61 Atmen. Nach einer aktuellen Umfrage des Städte- und Gemeindebundes NRW gehen aktuell
62 mindestens vier von zehn Kämmereien davon aus, im kommenden Jahr in die Haushaltssicherung
63 gehen zu müssen.

64 Dringend notwendige Investitionen in die kommunale Infrastruktur werden noch weiter in die
65 Zukunft verschoben. Der Investitionsstau kann nicht abgearbeitet und Zukunftsinvestitionen können
66 nicht getätigt werden.

67 Sollten Bund und Land untätig bleiben, bleibt vielen Städten und Gemeinden nichts anderes übrig, als
68 die Hebesätze der Grundsteuer B drastisch anzuheben und freiwillige Leistungen wie zum Beispiel
69 den Betrieb von Bädern oder soziale Hilfen zurückzufahren.

70 Die NRW-Linke fordert dagegen die Entschuldung der Kommunen und eine Weiterentwicklung der
71 Kommunalfinanzierung, damit Städte, Gemeinden und Kreise endlich wieder handlungsfähig werden.

72 Außerdem schließt sich die LINKE NRW der Forderung von Ver.di an, dass das Land NRW ein
73 Sondervermögen auflegen soll, welches die Tilgung von Kassenkrediten der Kommunen übernehmen
74 soll, die sich in der Haushaltssicherung befinden.

75 **Den sozial –ökologischen Umbau aktiv und demokratisch gestalten**

76 Nordrhein-Westfalen gilt als Industrieland im Umbruch: Wo Arbeitsplätze abgebaut wurden und
77 werden, ist die Armutsgefährdung besonders hoch. Und das Steueraufkommen und damit die
78 Kaufkraft der Menschen gering.

79 Nun steht der NRW-Industrie ein neuerlicher, größerer Wandel zu einer möglichst weitgehend CO 2-
80 neutralen Wirtschaft bevor. Um diese Transformation sozial und ökologisch zu gestalten, fordert DIE
81 LINKE eine aktive, eingreifende Wirtschafts- und Industriepolitik. Standort- und
82 Investitionsentscheidungen sollen den Menschen, nicht den Profiten dienen.

83 Wo immer es staatliche Hilfen und Eingriffe geben muss, sind in der Folge die Rechte und
84 Einflussmöglichkeiten der Beschäftigten und der Gesellschaft dauerhaft und entscheidend zu
85 verbessern.

86 Ein sozial-ökologischer Umbau, der diesen Namen verdient, geht nur mit Einschränkungen der
87 Verfügungsgewalt der Kapitaleigner - und mit mehr Demokratie. Auch und gerade in der Wirtschaft.

88 **Ermutigung zum Lernen statt Entmutigung und Ausgrenzung**

89 Der Bildungsnotstand an Schulen und Kitas verschärft sich in Nordrhein-Westfalen immer mehr. Die
90 Grundschulklassen sind die größten in der gesamten Republik, und mindestens 6.700 Lehrer:innen-
91 Stellen sind unbesetzt.

92 Gemeinsam mit dem Bündnis "Bildungswende jetzt" waren wir am 23. September 2023 mit 3.500
93 Menschen in Köln auf der Straße, um für eine auskömmliche Finanzierung der Bildung mit einem
94 bundesweiten Sondervermögen von 100 Milliarden Euro zu demonstrieren.

95 Für uns als LINKE ist klar, dass wir nicht nur mehr Lehrer:innen, Kitaplätze und Geld für bessere
96 Gebäude, deren Ausstattung und eine echte Lehrmittelfreiheit brauchen, sondern dass wir auch die
97 Qualität und die Struktur des Bildungssystems ändern müssen. Wir streiten für eine gemeinsame
98 Schule für alle, von der ersten bis zur zehnten Klasse, ohne Hausaufgaben, ohne Ziffernnoten und
99 ohne Sitzenbleiben. Kinder und Jugendliche sollen nicht mehr durch schlechte Noten beschämt und
100 von "Abschulung" bedroht sein, sondern Lernen mit Ermutigung und positiver Verstärkung
101 verbinden. Schule soll ein Ort werden, an dem sich Kinder und Jugendliche wohl und wertvoll fühlen,
102 gerne lernen und ein soziales und solidarisches Zusammenleben erproben können und unabhängig
103 von ihrer Herkunft wirkliche Chancengleichheit genießen können. Schulen müssen endlich Orte der
104 Integration und der Inklusion werden, barrierefrei und einladend. Zugleich müssen Schulen ein Ort
105 werden, an dem Lehrkräfte und andere Beschäftigte gerne und motiviert arbeiten können, um an
106 einer Zukunftsaufgabe für unsere Gesellschaft mitzuarbeiten: neugierige, selbstständige und
107 verantwortungsbewusste Menschen zu bilden, für die lebenslanges Lernen keine Last, sondern ein
108 Vergnügen ist.

109 Solange nicht alle Bildungseinrichtungen gut mit Gebäuden und Personal versorgt sind, wollen wir
110 einen speziellen Förderschwerpunkt auf die besonders von Armut betroffenen Quartiere legen. Denn
111 hier sind die Bedingungen am schwierigsten und die Personalnot ist häufig am größten. Dabei
112 grenzen wir uns klar ab vom krachend gescheiterten Projekt der FDP der sogenannten
113 „Talentschulen“ ab.

114 Bildung fängt aber nicht erst in der Schule an. Der dramatische Mangel an Personal und Räumen trifft
115 auch die frühkindliche Bildung und Betreuung in den Kindertagesstätten. DIE LINKE. NRW setzt sich
116 dafür ein, dass der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz durch den bedarfsdeckenden Ausbau von
117 Kita-Plätzen umgesetzt wird statt wie derzeit durch Abstriche beim Personalschlüssel,
118 Arbeitsverdichtung für die Erzieher:innen oder gar Kürzung von Betreuungszeiten. Sozial- und
119 Erziehungsberufe müssen attraktiver werden, dazu gehört auch eine angemessene Gehaltsstruktur.

120 Ebenso wenig wie Bildung in der Schule beginnt, hört sie dort auf: Als größter Landesverband unserer
121 Partei erklären wir unsere Solidarität mit den Initiativen von Studierenden und dem akademischen
122 Mittelbau, die für eine personelle und finanzielle Verbesserung im Hochschulbereich kämpfen. Es ist
123 überfällig, dass die nordrhein-westfälischen Hochschulen einen Tarifvertrag für alle studentischen
124 Beschäftigten nach Berliner Vorbild umsetzen und die Arbeit an den Universitäten endlich auf eine
125 solide Grundlage stellen. Dies kann nur geschehen, wenn sich die Landespolitik vom neoliberalen

126 Hochschulfreiheitsgesetz verabschiedet, um mehr finanzielle Mittel für Planstellen zur Verfügung zu
127 stellen. Die universitäre Lehre ist eine Daueraufgabe, die jedes Semester sichergestellt sein muss. Für
128 uns als LINKE ist klar: Wenn Mitarbeiter:innen an Hochschulen diese Daueraufgabe übernehmen,
129 dann muss ihnen dafür auch eine Dauerstelle angeboten werden. Nur so kann gewährleistet werden,

130 dass sich Forschung und Lehre auf bestmögliche Weise entfalten können. Wir stehen daher an der
131 Seite der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, wenn wir fordern, dass die Praxis der
132 Kettenbefristung endlich abgeschafft werden soll. Seit Jahren schon braucht es eine
133 Entfristungsoffensive!

134 Die Hochschulen in NRW sollen aber nicht nur ein sicherer Arbeitsplatz sein, sondern auch ein Raum
135 der demokratischen und damit friedensfördernden Forschung. Dies wird seit Jahren durch die
136 Abschaffung der Zivilklausel verhindert. Mit dem Wegfall dieses Verbots von Forschung zu
137 Rüstungszwecken ist es der Kriegsindustrie möglich, die universitäre Forschung durch „großzügige“
138 Drittmittel in ihrem Sinne zu beeinflussen und ihre Forschungs- und Entwicklungsabteilungen in die
139 Hochschulen des Landes auszulagern. Wir fordern ein Stopp dieses Eingriffs der Rüstungsindustrie in
140 die Hochschullandschaft und eine klare Rückkehr zur Zivilklausel. Forschung soll dem demokratischen
141 Gemeinwohl dienen und darf nicht missbraucht werden, um die Profite der Kriegsindustrie zu
142 steigern!

143 **Armut statt Armutsbetroffene bekämpfen**

144 NRW ist unter den westdeutschen Flächenländern dasjenige mit der höchsten
145 Armutsgefährdungsquote: Fast jeder fünfte Mensch in NRW ist von Armut bedroht, im Ruhrgebiet ist
146 es sogar jeder vierte. Arme Menschen und Familien leiden besonders unter den hohen Steigerungen,
147 beispielsweise bei Energie- und Lebensmittelpreisen. In Umfragen gibt inzwischen ein Viertel der
148 Befragten an, sich aus Kostengründen nicht vollwertig ernähren zu können. Die Ampelkoalition in
149 Berlin verweigert eine ausreichende soziale Absicherung, sie enttäuscht bei der groß angekündigten
150 Kindergrundsicherung und hat keine wirksame Strategie gegen den rasanten Anstieg der Mieten und
151 Mietnebenkosten, die inzwischen nicht nur die großen Städte betreffen, sondern auch in ländlichen
152 Kommunen zu Wohnungsnot führen. Alleine in unserem Bundesland fehlen nach Angaben der
153 Bauwirtschaft aktuell 300.000 Wohnungen. Dazu kommt das Auslaufen der Preisbindung bei den in
154 früheren Jahrzehnten öffentlich geförderten Wohnungen, welches die Mieten steigen lässt. Es fehlt
155 im ganzen Land bezahlbarer und barrierefreier Wohnraum.

156 Arm gesparten Kommunen fehlt es an Möglichkeiten, soziale Dienste und kulturelle Angebote für
157 finanziell benachteiligte Menschen in ausreichendem Umfang zur Verfügung zu stellen. Das
158 verschärft die soziale Spaltung.

159 Wir stehen für eine bedarfsdeckende Mindestsicherung ohne Sanktionen und eine soziale
160 Wohnungs- und Mietpolitik, damit niemand Angst vor Armut und Wohnungslosigkeit haben muss.

161 Wer Armut ernsthaft bekämpfen will, der muss den Reichtum antasten." Dazu ist eine deutliche
162 Besteuerung von Einkommen und Vermögen erforderlich, die seit Jahren überfällig ist.

163 **Kein Krankenhaus zu viel**

164 Die Gesundheitsminister von Bund und Ländern bereiten eine Krankenhaus-Reform vor, die die
165 wohnortnahe medizinische Versorgung der Bevölkerung in weiten Teilen des Landes infrage stellt.
166 Durch Schließung und Zusammenlegung von Kliniken, Zentralisierung von Behandlungen in wenigen
167 großen Häusern und mehr ambulante Behandlungen werden die Wege weiter, die Behandlungen
168 noch kürzer und damit die Belastungen für Patient:innen, Angehörige und Beschäftigte noch größer.
169 Zwar haben sowohl NRW-Gesundheitsminister Laumann (CDU) als auch Gesundheitsminister
170 Lauterbach (SPD) immer wieder betont, dass es nicht durch Insolvenzen zu ungeplanten
171 Klinikschließungen kommen sollte, doch genau das geschieht zur Zeit. In NRW haben neun Kliniken
172 Insolvenz angemeldet, davon alleine drei im Kreis Mettmann: Wenn nicht sofort etwas gegen die
173 Unterfinanzierung der Krankenhäuser getan wird, könnte es sein, dass viele Kliniken schon vor der

174 Reform schließen müssen. Dass Krankenhäuser aus finanziellen Gründen geschlossen werden, ist
175 ebenso absurd wie Krankenhäuser, die Profite erwirtschaften. Krankenhäuser sind Einrichtungen der
176 Daseinsvorsorge und müssen im Sinne des Gemeinwohls demokratisch organisiert werden. Wir
177 setzen uns im Bund, im Land und in den Kommunen dafür ein, dass keine Krankenhäuser oder
178 Stationen geschlossen werden, die für die Versorgung der Bevölkerung benötigt werden. Die
179 benötigten Fach-Ärzt:innen als auch Apotheken sind vor allem im ländlichen Raum eine wichtige
180 Gesundheitseinrichtung. Die fehlende Mobilität der Bürger:innen verschärft die
181 Versorgungsproblematik. Arztpraxen, Apotheken und andere Gesundheitseinrichtungen dürfen nicht
182 in die Hände von Finanzinvestoren fallen. Krankenhäuser gehören in öffentliche oder gemeinnützige
183 Hände.

184 **Energie und Netze in öffentliches Eigentum**

185 Die Beteiligung der Grünen an der Landesregierung hat Nordrhein – Westfalen in Sachen Klimaschutz
186 nicht so vorangebracht, wie es erforderlich ist. Vor allem stoßen die Braunkohlekraftwerke im
187 Rheinischen Revier noch immer ihre immensen Mengen an Klimazerstörenderem Co 2 aus und
188 tragen erheblich zur Klimakatastrophe bei. Insbesondere im Umgang mit dem Rheinischen
189 Braunkohlerevier und dem Energiekonzern RWE sind die Grünen eingeknickt und sind der
190 Klimabewegung in den Rücken gefallen.

191 In der Auseinandersetzung um die Räumung und Zerstörung des Dorfes Lützerath haben Grüne in der
192 Regierung und bei der Verantwortung für den Polizeieinsatz eine führende Rolle gespielt.

193 Für eine nachhaltige Energiewende müssen die Energiekonzerne vergesellschaftet werden. Strom-
194 und Wärmenetze gehören in die öffentliche Hand und müssen demokratisch kontrolliert werden.

195 Es braucht dringend eine regional und dezentral ausgerichtete Energiewende, eine Solar-Offensive
196 und den schnellen Ausbau der Windenergie. Hier müssen die Kommunen und die Bürger:innen als
197 Miteigentümer an den neuen Anlagen beteiligt werden und von den Erträgen profitieren.

198 Wir entwickeln ein Landesprogramm für Klimagerechtigkeit, welches vorhandene Bausteine
199 zusammenführt und die Frage nach sozialer Gerechtigkeit mit der des Klimaschutzes verbindet.
200 Hierzu werden die zuständigen Vorstandsmitglieder mit den thematisch angebotenen
201 Arbeitskreisen und Arbeitsgemeinschaften bis zum Frühjahr eine Analyse der Lage im Land und vor
202 Ort und einen Forderungskatalog erstellen, welcher für die Kommunalwahlen nutzbar ist und in einer
203 Broschüre bis Herbst 2024 veröffentlicht werden kann.

204 **Ökologisch-soziale Verkehrspolitik**

205 Eine der größten sozialen wie ökologischen Baustellen ist bundesweit wie auch in NRW die
206 Verkehrspolitik. Die Schiene wurde über Jahrzehnte derart vernachlässigt, dass jetzt durch
207 notwendige Sanierungen eine Streckensperrung die andere jagt. Im ohnehin schwer belasteten
208 Straßenverkehr werden die Busse des Schienenersatzverkehrs zum zusätzlichen Stressfaktor für alle,
209 die darauf angewiesen sind. Das sind vielfach Armutsbetroffene, Beschäftigte mit niedrigem
210 Einkommen, Pendler:innen, Schüler:innen und Student:innen.

211 Wir stehen für einen gut ausgebauten, bezahlbaren und barrierefreien öffentlichen Nahverkehr vom
212 Rhein bis zur Weser, vom Teutoburger Wald bis zur Eifel. Wir kämpfen für die Wiedereinführung des
213 9€ Tickets und perspektivisch für die kostenfreie Nutzung des Nahverkehrs. Wir beteiligen uns aktiv
214 an der von ver.di, Fridays For Future und vielen anderen initiierten Kampagne #wirfahrezusammen.

215 Eine sozialökologische Wende bedeutet auch eine grundsätzliche Abkehr von einer auto-fixierten
216 Verkehrspolitik hin zu einem stärkeren Fokus auf den Schienenverkehr mit besonderem Augenmerk
217 auf Schienengüter und Schienenpersonennahverkehr.

218 Dafür ist es erforderlich die Produktion von Bussen, Bahnen und Zügen massiv auszubauen und die
219 Automobilindustrie umzubauen.

220 **Investitionen in Infrastruktur, Daseinsvorsorge und Konversion**

221 Alle Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge in Nordrhein-Westfalen leiden unter einem massiven
222 Investitionsstau: Ob Energieversorgung und -netze, Schienenverkehr, Bildung, Gesundheit und
223 Pflege, überall fehlen gut ausgestattete Einrichtungen und ausreichend Personal. Wir wollen ein
224 Milliardenprogramm für den Ausbau der sozialen und ökologischen Infrastruktur mit ausreichend gut
225 bezahltem Personal. Unternehmen der Daseinsvorsorge wollen wir vom Zwang Profite zu
226 erwirtschaften befreien und in gesellschaftliches Eigentum unterschiedlicher Formen überführen.
227 Dazu zählen wir auch den Energiesektor, der zu vergesellschaften ist. Wir wollen die Wirtschaft in
228 NRW dekarbonisieren, digitalisieren und demokratisieren.

229 Der Dekarbonisierung von Schlüsselindustrien wie Stahl und Chemie, aber auch Maschinenbau und
230 Fahrzeuge kommt hierbei eine Schlüsselrolle zu. Fossile Energieträger müssen in den Bereichen der
231 Industrien, die gesellschaftlich notwendig sind, rasch durch Grünen Wasserstoff ersetzt werden. Da,
232 wo ein Betrieb diese Umstellung nicht aus eigener Kraft bewältigen kann, es aber Sinn macht die
233 Produktion aufrecht zu erhalten, soll das Land Mehrheitseigentümer werden und anschließend
234 investieren.

235 „Krieg beginnt hier – auch in NRW“ hat die Linke in NRW bereits vor Jahren festgestellt. Daran hat
236 sich nichts geändert. Ganz im Gegenteil ist die Waffenschmiede Rheinmetall einer der großen
237 Profiteure nicht nur des Ukraine-Krieges. Seit Kriegsbeginn sind die Aktienkurse in die Höhe
238 geschneit und die Gewinne explodiert. Wir wollen das Geschäft mit dem Tod beenden und die
239 Produktion auf nachhaltige, friedens- und umweltverträgliche Güter umstellen. Die
240 hochqualifizierten Beschäftigten bei Rheinmetall und anderen Rüstungskonzernen können auch
241 Busse und Bahnen oder Windräder bauen. Notwendig ist eine Ausweitung der betrieblichen und
242 gesellschaftlichen Mitbestimmung auch auf Entscheidungen über die wirtschaftliche Ausrichtung der
243 Unternehmen. Um gesellschaftlichen Druck auf Rüstungskonzerne auszuüben, beteiligen wir uns an
244 der Kampagne „Rheinmetall entwaffnen!“

245 **Statt Arbeitsverdichtung Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich**

246 In den letzten drei Jahren wurden die Beschäftigten in den Betrieben durch große Krisen gebeutelt,
247 zuerst Corona und danach die hohe Inflation verursacht durch den Ukraine-Krieg und die damit
248 einhergehenden Wirtschaftssanktionen. Die Transformation zu einer klimaneutralen Produktion sind
249 weitere Aufgaben, die demokratisch mit Beschäftigten und Gewerkschaften und den
250 Einwohner*innen dieses Landes gelöst werden müssen.

251 Während in der Corona-Krise die Gewerkschaften Zurückhaltung geübt und teilweise sogar gänzlich
252 auf dringend notwendige Erhöhungen der Tariflöhne verzichtet haben, ist jetzt die Zeit gekommen,
253 dass die Werk tätigen in den Betrieben entlastet werden. Die Reallöhne müssen wieder nach oben.

254 Zusätzlich kommen enorme Veränderungen auf die Arbeitswelt zu. Z.B. die technische
255 Transformation zum grünen Stahl wird in einigen Jahren zu weiterem Druck auf die Beschäftigung
256 führen. Nach der Umstellung der technischen Anlagen auf grüne Stahlproduktion werden weniger
257 Menschen benötigt werden. Außerdem erscheint es aus ökologischen Gesichtspunkten sinnvoll,

258 weniger Stahl zu produzieren. Darum ist eine andere Gestaltung der Arbeitswelt notwendig, die den
259 Menschen in den Betrieben ihre Arbeitsplätze sichert.

260 Auch in anderen Wirtschaftszweigen oder auch nur Tätigkeiten wird sich die Arbeit ändern. Durch
261 Transformation und Digitalisierung werden sich Tätigkeiten ändern oder gar ganz wegfallen.

262 Die IG-Metall führt gerade Tarifverhandlungen in der Stahlindustrie. Ihre Forderungen zu einer 32-
263 Stunden-Woche und einem Plus von 8,5% auf die Löhne sind die richtige Antwort auf Transformation
264 und Inflation. Nach Jahren des Verzichtes müssen die Werk tätigen ihren Anteil an den
265 Konzernprofiten bekommen. DIE LINKE unterstützt die IG-Metall bei ihren Verhandlungen.

266 Die Erfahrungen der letzten Kämpfe und Tarifabschlüsse zur Arbeitszeit zeigen, dass es wichtig ist,
267 dass diese Arbeitszeitverkürzungen auf 32-Wochenstunden für alle durchgeführt werden und in
268 einem schnellen Schritt erfolgen. Andernfalls ist die Gefahr groß, dass die Verkürzung der Arbeitszeit
269 durch eine weitere Verdichtung der Arbeit konterkariert wird. Gleichzeitig wäre es sinnvoll, möglichst
270 eine tägliche Arbeitszeitverkürzung zu vereinbaren, weil dies die größten Effekte für eine andere
271 Verteilung bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen Männern und Frauen hat, wofür die
272 Frauenbewegung und die Frauen in der Gewerkschaft seit Langem streiten.

273 **Den Rechtsruck bekämpfen**

274 Nicht nur bundesweit, sondern auch in NRW haben wir es mit einem gesellschaftlichen und
275 politischen Rechtsruck zu tun, der entschieden bekämpft werden muss. Insbesondere die AfD
276 verbreitet Hass und Hetze gegen Minderheiten und schürt mit Propaganda und gezielten Lügen eine
277 rassistische Pogromstimmung, eine Spaltung der Gesellschaft, ein Klima der Angst, des Hasses und
278 der Intoleranz, die vereinzelt bereits zu Gewaltausbrüchen führt. Dagegen müssen wir ein breites
279 antifaschistisches Bündnis bilden.

280 Die CDU tritt dem nicht nur nicht entgegen, sondern sucht immer häufiger den verbalen und
281 faktischen Schulterchluss mit den Rechtsextremen. Dies geschieht nicht nur in ostdeutschen
282 Kommunen oder in Thüringen, sondern war beispielsweise im September auch im Kreistag von
283 Gütersloh der Fall, wo CDU und AfD gemeinsam der Gedenkstätte Stalag 326 die Finanzierung
284 verweigerten. Gerade in Zeiten, da die Zeit-Zeug:innen der Shoa und des Vernichtungskriegs immer
285 weniger werden, sind Orte des Erinnerns und Beiträge zur Erinnerungskultur in den Kommunen zu
286 organisieren.

287 Doch der Rechtsruck macht auch vor den Ampelparteien SPD, Grüne und FDP nicht halt. Eine immer
288 restriktivere Abschottungspolitik gegenüber flüchtenden Menschen gießt Öl ins Feuer derer, die aus
289 Geflüchteten Sündenböcke für eine verfehlte Sozial-, Wohnungs- und Finanzpolitik machen.

290 Durch finanzielle Not in den nordrhein-westfälischen Kommunen, durch fehlende Mittel für
291 Integration, fehlende Sozialwohnungen und ein fast tot gespartes Schulsystem werden die Menschen
292 in Konkurrenzsituationen getrieben und damit Ressentiments gegen geflüchtete Menschen befeuert.
293 Unter diesen politisch erzeugten Problemen leiden diejenigen, die sich keine Luxusimmobilien,
294 eigene Pools oder Privatschulen leisten können.

295 Als Linke waren, sind und bleiben wir Antifaschist:innen. Die Gegensätze verlaufen nicht zwischen
296 Nationalitäten, zwischen Hautfarben, Geschlechtern, Lebensweisen oder Identitäten. Die Gegensätze
297 verlaufen zwischen Kapital und Arbeit, Reichtum und Armut, Macht und Ohnmacht – und auch
298 zwischen Faschismus und Demokratie. Wir haben unsere Seite gewählt.

299 **2. Die EU den Reichen nehmen**

300 Seit Jahrzehnten ist es nicht gelungen, die Ungleichheit in Europa zu verringern. Dabei wächst der
301 Reichtum von Wenigen. Die Maastricht-Kriterien verbieten es, für langfristige öffentliche Ausgaben
302 Kredite aufzunehmen. Aufgrund der Maastricht-Kriterien in den EU-Verträgen fehlt öffentliches Geld
303 für Bildung, bezahlbares Wohnen, Pflege und Gesundheit, für funktionierende Kommunen und für
304 die Abschaffung der Armut. Jedes vierte Kind in der EU lebt in Armut. Viele Gesundheitssysteme in
305 der EU sind in der Coronakrise in die Knie gegangen. Pflegekräfte haben bis weit über ihre Grenzen
306 gearbeitet. Währenddessen wuchsen die Gewinne der Pflege- und Pharmakonzerne in die Höhe. Wir
307 erleben marode und unterfinanzierte Schulen und Wohnungsnot. Doch während die Mieten
308 explodieren, steigen die Profite der Immobilienunternehmen und Investmentfonds.

309 In der EU bestimmen Markt und Profitstreben Lebensbereiche, bei denen es um die Befriedigung von
310 Grundbedürfnissen geht. Von gleichwertigen Lebensverhältnissen sind wir immer noch weit entfernt.
311 So kommen wir nicht durch die Krisen, so schaffen wir weder den nötigen sozial-ökologischen Umbau
312 noch retten wir so die Demokratie.

313 Während die soziale Krise andauert und die weniger wohlhabenden Menschen bedroht, verschärft
314 sich die Klimakrise mit Waldbränden, Dürren und Starkregen. Unter den Folgen der Klimakatastrophe
315 haben Ärmere erheblich mehr zu leiden als Reiche. Die eigenen, wenig ehrgeizigen Klimaziele wird
316 die EU verfehlen. Die Regierenden in der EU erklären, dass sie eine klimaneutrale Wirtschaft wollen.
317 Aber sie scheuen den Konflikt mit den fossilen Konzernen und wollen nicht mit einer
318 Wirtschaftspolitik brechen, die die Interessen von Reichen und Konzerne nach vorne stellt.

319 Die meisten Emissionen werden von Konzernen und Reichen verursacht. Der „Club of Rome“ weist in
320 seinem jüngsten Bericht darauf hin, dass die Reichsten die meisten Ressourcen verbrauchen, ohne
321 die nötigen Konsequenzen zu tragen. Er hat recht. Die Klima-Katastrophe wirksam zu bekämpfen,
322 heißt: die Macht der großen Konzerne brechen, Eigentum demokratisieren und Reichtum
323 umverteilen. Es ist Zeit umzusteuern. Es braucht Mut für eine Wirtschaftswende durch einen sozial
324 gerechten, demokratisch gestalteten und ökologisch nachhaltigen Umbau.

325 **3. Für solidarische und lebenswerte Kommunen**

326 Die Städte, Kreise und Gemeinden sind der Ort, an dem wir leben und arbeiten und deshalb auch der
327 Ort, an dem wir die Bedingungen für unser Leben und unsere Arbeit mitgestalten wollen. Dafür
328 brauchen wir starke und wirtschaftlich handlungsfähige Kommunen, in denen die Bürger:innen ihre
329 Interessen artikulieren und solidarisch umsetzen und in denen öffentliche Daseinsvorsorge,
330 kulturelles Leben und soziale Sicherheit auf hohem Niveau gewährleistet werden können.

331 Unsere vielen ehrenamtlichen Mandatsträger:innen in Räten und Kreistagen stehen täglich vor der
332 Herausforderung, linke Politik in die kommunale Praxis umzusetzen. Dabei wird ihnen viel abverlangt:
333 Angesichts gähnender Leere in den kommunalen Kassen suchen sie zwischen Vision und
334 Pragmatismus den besten Weg, um die berechtigten Ansprüche ihrer Wähler:innen einzulösen.

335 Auch in der Kommunalpolitik stehen wir für eine soziale, ökologische und solidarische Politik. Wir
336 streben eine neue demokratische Gesellschaftsordnung an, in der die Politik nicht mehr von den
337 Interessen der Industrie, der Banken und Konzerne bestimmt wird. Wir wollen Schluss machen mit
338 einer Politik, die auf die Ausbeutung von Mensch und Natur setzt. Wir wollen Reichtum umverteilen
339 und die Einrichtungen und Betriebe der Daseinsvorsorge wie etwa Krankenhäuser, Verkehr und
340 Energieversorgung in öffentlicher Hand halten oder dorthin zurückführen. Bei den Kommunalwahlen
341 in NRW setzen wir auf ein Umsteuern in der Wirtschafts-, Umwelt- und Verkehrspolitik, auf
342 Demokratisierung und eine öffentliche Daseinsvorsorge, die Wiedergewinnung des öffentlichen
343 Sektors für alle, die in den Städten und Gemeinden leben.

344 Die nordrhein-westfälische Landesregierung will die Kommunen erst zum Haushaltsjahr 2025
345 entschulden. Das gab die Ministerin für Heimat und Kommunales, Ina Scharrenbach (CDU) im Herbst
346 bekannt. Das Land verschiebt damit den Einstieg in die lang erwartete Lösung der Altschuldenfrage.
347 Doch das lassen wir der Landesregierung nicht unwidersprochen durchgehen. Wir werden die
348 schwarz-grüne Regierung unter Druck setzen und die dringend notwendige Entschuldung der
349 nordrhein-westfälischen Kommunen einfordern. Die Linke setzt sich für eine konsequente
350 Anwendung und Sicherstellung des Konnexitätsprinzips ein.

351 Wir fordern und kämpfen gemeinsam mit Gewerkschaften und Sozialverbänden für den Erhalt und
352 Ausbau der öffentlichen Infrastruktur, eine bessere Finanzierung der öffentlichen Daseinsvorsorge
353 und für mehr Personal und bessere Bezahlung in den öffentlichen Einrichtungen.

354 **4. Menschen ermutigen und Wahlen gewinnen**

355 Die Partei muss erstens aktiv die öffentliche Debatte über die Gründung eines konkurrierenden
356 Parteiprojekts aus der LINKEN heraus beenden.

357 Sie muss zweitens zu einem erneuerten, klaren und zeitgemäßen Profil finden. Letzteres ist mehr als
358 eine programmatisch-kommunikative Aufgabe und hat auch organisationspolitische Konsequenzen:
359 Ein Profil beweist sich erst, wenn es viele Mitglieder sprechen, verkörpern und mittragen.

360 Sie muss daher drittens dort, wo inhaltliche Differenzen die gemeinsame Zusammenarbeit
361 blockieren, ernsthafte Klärungsprozesse organisieren.

362 Viertens gilt es, aktiv mit entsprechenden Kampagnen und Initiativen, durch Parlamentsarbeit, in
363 Regierungen und kommunaler Verankerung, den praktischen Gebrauchswert der LINKEN
364 herzustellen. Die Linke ist eine Mitgliederpartei, strebt Bündnisse mit emanzipatorischen
365 Bewegungen an und bringt gemeinsame Positionen in den Parlamenten zum Ausdruck.

366 Fünftens muss DIE LINKE systematisch und deutlich mehr Mitglieder gewinnen.

367 Um diese fünf Ziele zu erreichen, verständigt sich die Landespartei auf die folgenden Schritte für das
368 Jahr 2024:

369 **Struktur der Landespartei**

370 Der Landesvorstand erstellt für das kommende Jahr eine Planung und veröffentlicht diese für alle
371 Mitglieder. Damit soll eine planbare Teilnahme für alle Genoss:innen ermöglicht werden, die an der
372 Gestaltung der Partei mitwirken wollen. Für Anfang März 2024 und Mitte bis Ende November 2024
373 sollen zwei Landesparteitage einberufen werden. Während beim ersten politische und strukturelle
374 Schwerpunktsetzungen im Mittelpunkt der gemeinsamen Beratungen stehen sollen, wird der zweite
375 sowohl die Wahl eines neuen Landesvorstandes als auch die Beratung der kommunalpolitischen
376 Leitlinien beinhalten.

377 Landesvorstandssitzungen finden nach wie vor monatlich parteiöffentlich und in Präsenz statt. In
378 Zukunft soll eine digitale Teilnahme zu bestimmten Tagesordnungspunkten ermöglicht werden. Mit
379 dem ersten Landesparteitag im kommenden Jahr soll eine Strukturkommission eingerichtet werden,
380 die für die Beratungen am Jahresende Vorschläge zur Überarbeitung der Landessatzung vorbereiten
381 soll. Zu diesem Strukturprozess gehören auch die gemeinsam zu entwickelnde Awareness-Struktur
382 für unsere Landespartei sowie nötige Überarbeitungen im Bereich Datenschutz und die Anpassung
383 von Kommunikationswegen an die Bedarfe einer veränderten Partei. Ziel soll sein, unsere
384 Landespartei für alle Mitglieder zu einem sicheren Ort der Mitbestimmung und politischen
385 Selbstwirksamkeit werden zu lassen.

386 Der Austausch mit den geschäftsführenden Kreisvorständen soll im dreimonatigen Turnus fortgeführt
387 werden. Aus der Erfahrung des vergangenen Jahres hat sich dieser Austausch als gewinnbringend für
388 die Entwicklung der Partei erwiesen. Über diesen Austausch hinaus werden im gleichen Turnus
389 Formate angeboten, um die Kommunikation zwischen unseren Fraktionen, den parteinahen
390 Bildungsträgern, den Landesarbeitskreisen und Landesarbeitsgemeinschaften und dem
391 Landesvorstand zu stärken. Gerade in Hinblick auf die Gewinnung und Anbindung von Mitgliedern
392 sind diese Strukturen stärker an die Parteiarbeit anzubinden.

393 Für die erste Jahreshälfte organisiert der Landesvorstand Kreisverbandsbesuche. Anknüpfend an die
394 Telefonaktion des vergangenen Jahres, soll der begonnene Austausch in unserem Landesverband
395 ausgebaut werden. Die anstehenden Herausforderungen für unsere Partei und die Entwicklung eines
396 modernen sozialistischen Profils brauchen die Beratungen aller Mitglieder und nicht nur der
397 Funktionsträger:innen oder Delegierten. Zum Beispiel könnte es einen regelmäßigen Mitgliederzoom
398 mit Mitgliedern des Landesvorstands geben, wie es auf Bundesebene üblich ist.

399 **Arbeitsschwerpunkte 2024**

400 Die Mitgliederentwicklung der vergangenen Jahre hat dazu geführt, dass die größte Gruppe unserer
401 Genoss:innen mittlerweile unter 35 Jahren ist. Die Altersgruppe bis 55 dagegen ist signifikant
402 schwächer vertreten. Ab 55 Jahren ist die zweitgrößte Gruppe an Mitgliedern zu verzeichnen. Unsere
403 Partei ist in den letzten Jahren jünger und auch diverser geworden. Die verschiedenen Altersgruppen
404 bringen nicht nur unterschiedliche Lebenserfahrungen, sondern auch verschiedene Politikstile,
405 Interessen und Kulturen mit in die Partei. Das nicht als stetiges Konfliktfeld, sondern als bereichernd
406 zu begreifen und miteinander eine gemeinsame Parteikultur zu entwickeln, wird uns sicher noch
407 einige Jahre beschäftigen.

408 Um eine stärkere Anbindung insbesondere der jüngeren Genoss:innen an unsere Landespartei zu
409 erreichen, wird im kommenden Jahr ein spezielles Angebot für diese Altersgruppe organisiert. Im
410 April soll eine "U35-Konferenz" durchgeführt werden. Von dieser sollen Formate entwickelt werden,
411 die eine sich verstetigende Beteiligung junger Genoss:innen begünstigt. Auch soll der Austausch
412 zwischen den verschiedenen Generationen intensiviert werden, um einen Erfahrungs- und
413 Wissensaustausch zu beginnen.

414 Die Sozial-/Armutskonferenz soll im Juni durchgeführt werden. Für diese sollen partei-interne sowie
415 externe Referent:innen gewonnen werden. Vor dem Hintergrund der sich immer stärker
416 abzeichnenden Umverteilung von unten nach oben und dem damit stetigen Anstieg von Armut,
417 braucht es eine Landespartei, die entschieden und deutlich Antworten geben kann.

418 Der Landesparteitag in Dortmund hat mit dem beschlossenen Leitantrag den Startschuss zu einem
419 modernen verkehrspolitischen Profil der Landespartei gesetzt. Dieses wird auf einer
420 Mobilitätskonferenz weiterentwickelt, die konkrete Konzepte für Ballungsräume und ländliche
421 Räume ausarbeitet, die dann auch in unsere kommunalpolitische Arbeit einfließen können.

422 Im März soll die schon angekündigte kommunalpolitische Konferenz stattfinden. Diese soll sowohl
423 das Austauschforum der kommunalpolitisch Aktiven als auch der Startschuss der
424 Kommunalwahlkampf vorbereitungen sein. Während im ersten Teil der Austausch und die
425 Positionsentwicklung durch Referent:innen geführte Inputs stattfinden soll, wird der zweite Teil
426 gemeinsam mit den Kreisvorständen und Wahlkampfleitungen insbesondere der Identifikation von
427 Themen und der Kampagnenplanung für das Jahr 2025 dienen.

428 **Europawahl**

429 Als LINKE NRW werden wir alle Kräfte mobilisieren und einen geschlossenen Wahlkampf führen. Wir
430 wollen mit kreativen Wahlkampfaktionen, Infoständen und Haustürgesprächen, aber auch auf
431 zahlreichen Podien, wo es die Kräfte erlauben, mit den Menschen direkt ins Gespräch kommen und
432 dafür werben, dass es eine starke LINKE im Europäischen Parlament braucht. Ab Januar wird ein
433 regelmäßiges Wahlbüro auf Landesebene einberufen, über das die aus dem Wahlkampf
434 resultierenden Aufgaben koordiniert werden sollen. Für NRW sind darüber hinaus zwei bis drei
435 Zentralveranstaltungen angedacht. Als Landespartei werden wir alle Kräfte mobilisieren, damit
436 unsere Spitzenkandidatin Özlem Alev Demirel ihre gute Arbeit im europäischen Parlament fortsetzen
437 kann.

438 Die Kreisverbände sind daher angehalten, bis Januar 2025 dem Landesverband die verantwortlichen
439 Wahlkampf-Leiter:innen zu benennen. Das Landeswahlbüro wird den Kontakt zu den
440 Wahlkampfstrukturen der Kreisverbände sicherstellen, um die organisationspolitischen
441 Herausforderungen gemeinsam zu meistern.

442 **Kommunalwahl 2025**

443 In Vorbereitung auf die Kommunalwahlen im Jahr 2025 werben wir aktiv um Kandidat:innen zur
444 Besetzung der vielen Wahlkreise und beginnen schon jetzt mit den Gesprächen dafür. Eine neue
445 Zukunft der Partei muss sich auch in neuem Personal ausdrücken. Wir bemühen uns daher aktiv um
446 den Aufbau von Nachwuchstalenten und entwickeln neue strukturelle Ideen für kollektive
447 Verantwortungsübernahme. Hier kommt es insbesondere auf die Kreisverbände an. Bis zum
448 29.02.2024 bittet der Landesvorstand um eine Meldung der Wahlkampf-Verantwortlichen auf
449 Kreisebene. Durch die Bildung einer regelmäßig tagenden, festen Runde sollen die Aufgaben und
450 Anforderungen der Kommunalwahl 2025 gemeinsam koordiniert werden. Darüber hinaus stehen
451 auch die schon beschriebenen Konferenzen in engem Zusammenhang dieser Vorbereitung.
452 Insbesondere die kommunalpolitische Konferenz soll hierfür wichtige Weichen stellen. Der
453 Landesverband macht das Angebot, erneut kommunalpolitische Leitlinien, als Bausteinatalog für
454 Orts-, Stadt und Kreisverbände zu erarbeiten, damit jede wahlkämpfende Struktur vor Ort ein gutes
455 Kommunalwahlprogramm vorhalten kann.

456 Als vorgezogene Maßnahme führte der Landesverband einen Relaunch der Websites des LINKEN
457 CMS durch, um auch optisch nach außen attraktiver sichtbar zu werden.

458 Insgesamt wollen wir das neue Design als Chance nutzen, unsere Öffentlichkeitsarbeit auf allen
459 Ebenen zu intensivieren und zu verbessern, so dass wir mit unseren Themen die verschiedenen
460 Zielgruppen besser ansprechen können. Insbesondere im Bereich Social Media brauchen wir mehr
461 Vernetzung und mehr Interaktion, um unsere Botschaften weiter verbreiten zu können.

462 **Bundestagswahl 2025**

463 Ein wichtiger Meilenstein für die Entwicklung unserer Partei wird die Bundestagswahl 2025. Unser
464 Ziel ist es dabei, unser Wahlergebnis von 2021 deutlich zu verbessern. Das erreichen wir nur, wenn
465 wir in unserem Landesverband und mit der gesamten Partei eine überzeugende Aufbruchsstimmung
466 erzielen, die sich auch in unseren Kandidierenden in den Wahlkreisen und auf der Landesliste
467 widerspiegelt. Die Kreisverbände werden gebeten, sich schon jetzt über geeignete Kandidat:innen
468 Gedanken zu machen und ihnen Bildungsangebote zu ermöglichen, die sie auf diese Rolle
469 vorbereiten.

470 **Mitgliedergewinnung**

471 Die Partei muss dringend neue Mitglieder gewinnen, die im Kommunal- und Bundestagswahlkampf
472 für den Einzug der LINKEN kämpfen. Nicht als Selbstzweck, sondern als logische Bedingung, um die

473 Wahlkämpfe auf viele Schultern zu verteilen. Dazu braucht es Beteiligungsorte auf lokaler Ebene
474 sowie eine systematisch angelegte Mitgliedergewinnung. Unser Ziel muss sein, bis 2025 mindestens
475 1.000 neue Mitglieder für DIE LINKE zu gewinnen und verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen.

476 Alle bis hierhin beschriebenen Maßnahmen werden immer auch unter dem Gesichtspunkt gestaltet,
477 Freund:innen und Unterstützer:innen zu gewinnen, die sich nach Möglichkeit auch für eine
478 Mitgliedschaft in der LINKEN entscheiden.

479 Alle bis hierhin beschriebenen Maßnahmen sollen regelmäßig evaluiert werden.

480 Wir haben viel vor. Auch wenn die Situation gerade nicht einfach ist, können wir mit vereinten
481 Kräften, mit unseren Ideen und Erfahrungen und vor allem mit Solidarität DIE LINKE. NRW zu der
482 Partei machen, die angesichts der vielfachen Krisen, der Sorgen und Ängste der Menschen und der
483 sozialen Spaltung dringend gebraucht wird. Davon sind wir fest überzeugt. Fangen wir damit an.
484 Jetzt.

485 Wir haben unsere Seite gewählt!

486